

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**BSE: Verbraucherschutz stärken — ökologische Landwirtschaft fördern**

Seit langem ist bekannt, dass die BSE-Seuche nicht auf Großbritannien beschränkt blieb, sondern sich zu einem europäischen Problem ausgeweitet hat. Sie ist eine der Folgen industrieller Landwirtschaft. Wo Massentierhaltung und Industrialisierung zu Prinzipien erhoben werden, bleiben Verbraucherinteressen, Umweltschutz und Arbeitsplätze auf der Strecke.

Gegensteuerungsmaßnahmen auf Landesebene bestehen vor allem in

- der Förderung ökologischer und umweltgerechter landwirtschaftlicher Produktion und regionaler Vermarktung,
- der umfassenden und effektiven Kontrolle durch die staatliche Lebensmittelüberwachung.

Bremen zeichnet sich durch weitgehend umweltverträgliche Landbewirtschaftung aus. Es gilt, an diese Potenziale anzuknüpfen und sie in Richtung ökologischen Landbaus weiterzuentwickeln. Projekte und Maßnahmen zur Realisierung dieser Ziele wurden im Rahmen des lokalen Agenda 21-Prozesses seit 1996 erarbeitet. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den erforderlichen Strukturwandel in der Landwirtschaft zu unterstützen, wurde von der großen Koalition im Dezember 1999 abgelehnt.

Statt die Lebensmittelkontrolle als hoheitliche Aufgabe des Landes Bremen zu stärken, hat der Senat beschlossen, diese personell und finanziell zu reduzieren. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom Mai 2000, die Voraussetzungen für ein BSE-Verbraucherschutzsonderprogramm zu schaffen, wurde von der Bürgerschaft (Landtag) abgelehnt.

Mit der aktuellen BSE-Krise wird immer deutlicher, dass die agrarindustrielle Produktion die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher bedroht. Unverzügliches Handeln des Senats ist deshalb erforderlich.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf:

1. für eine umgehende Realisierung des im Rahmen des lokalen Agenda 21-Prozesses entwickelten Programms zu umweltgerechten und ökologischen Erzeugung und Vermarktung von landwirtschaftlichen Produkten Sorge zu tragen,
2. zu gewährleisten, dass alle Schlachtrinder im Lande Bremen — auch die jüngeren — auf BSE getestet werden.

Dr. Karin Mathes,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen